

NEIN zur Unternehmens-Verantwortungs-Initiative

Bundesrat und Parlament lehnen die extreme Unternehmens-Verantwortungs-Initiative (UVI) ab. Gleichzeitig hat das Parlament einen griffigen Gegenvorschlag beschlossen, der auf international bewährte Lösungen setzt. Er schafft strengere Vorgaben für Unternehmen zur Respektierung von Menschenrechten und Umwelt in der Lieferkette, verzichtet jedoch auf die Konstruktionsfehler der Initiative. Damit ist der Abstimmungskampf lanciert. Abgestimmt wird voraussichtlich am 29. November 2020. Helfen Sie mit, die schädliche und kontraproduktive UVI zu bodigen!

Die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen» verfehlt ihr Ziel und hätte weitreichende soziale, ökonomische, rechtliche und staatspolitische Probleme zur Folge. Sie verfolgt einen falschen Weg, reduziert die unternehmerische Verantwortung auf rein juristische Fragen und verkennt damit die Komplexität der internationalen Wirtschaft gerade in Schwellen- und Entwicklungsländern. Die Initiative hilft nichts, sondern behindert Entwicklung und Fortschritt und führt in eine Sackgasse. Dadurch wird dem eigentlichen Ziel der Initiative mehr geschadet als genützt.

Nein zum risikoreichen Experiment, Nein zur diskriminierenden Sonderregulierung

Dreh- und Angelpunkt der extremen Initiative ist eine Systemänderung in der bestehenden zivilen Haftung von Unternehmen. Denn mit der Initiative werden Schweizer Unternehmen (auch KMU) automatisch – auch ohne eigenes Verschulden - haftbar für Verfehlungen von Dritten («wirtschaftlich kontrollierte» Lieferanten). Diese Einführung einer Beweislastumkehr stellt unser Rechtssystem auf den Kopf und birgt das Risiko von erpresserischen Klagen. Kein Land kennt oder plant eine derartige Ausgestaltung der Regulierung. Die Schweiz würde damit ein gefährliches Experiment wagen. Doch gerade in der Coronakrise ist weder die Zeit für einen Schweizer Alleingang noch für eine unverhältnismässige Mehrbelastung, die nur Schweizer Unternehmen trifft.

Risiken für kleine und grosse Schweizer Unternehmen stoppen

Besonders betroffen durch ein Lieferkettengesetz wären letztlich KMU. Ihnen drohen ein bürokratischer Überwachungsapparat, Knebelverträge und zusätzliche Rechtsrisiken (Haftung). Auch wenn die KMU nicht im Initiativfokus stehen, so geraten doch alle Unternehmen unweigerlich in ihren Sog und werden in Mitleidenschaft gezogen. Denn die Gefahr der extremen Initiative entsteht aus dem Zusammenspiel dreier Initiativelemente: Erstens der Pflicht zur umfassenden Überwachung von Lieferanten und Kunden (sog. Sorgfaltsprüfung aller Geschäftsbeziehungen). Zweitens aus der erwähnten Systemänderung im Haftungsrecht, die zu einer gefährlichen Beweislastumkehr für Firmen führt. Und drittens durch die Aushebelung des internationalen Prozessrechts durch die Schaffung eines neuen Schweizer Gerichtsstands.

Überparteiliche NEIN-Allianz

Die UVI nimmt ein wichtiges Anliegen auf, schießt aber weit übers Ziel hinaus. Sie schadet damit nicht nur allen Unternehmen in der Schweiz, sondern torpediert damit auch die wirtschaftliche Entwicklung in Entwicklungsländern. Helfen Sie mit, die leeren Versprechen der Initianten zu entlarven und tragen Sie sich im überparteilichen Komitee ein:

www.leere-versprechen-nein.ch

Wirtschaftskomitee gegen die UVI

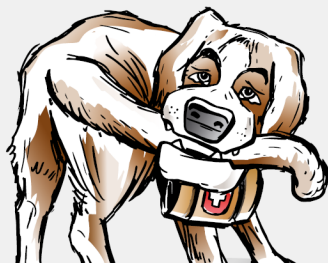
Die Initianten geben vor, dass ihre Initiative nur die grossen Konzerne trifft. Genau das Gegenteil ist der Fall. Bei einer Umsetzung (Lieferkettengesetz) wären KMU in erster Linie die Betroffenen. Einerseits müssten sie einen Überwachungsapparat aufbauen, andererseits würden sie die genau gleichen Haftungsrisiken tragen.

Ein Wirtschaftskomitee rund um Succèsuisse koordiniert die NEIN-Kampagne aus Unternehmensperspektive.

Engagieren Sie sich persönlich unter:

www.succesuisse.ch/uvi

**Helfen ja,
aber doch
nicht so!**



NEIN
zur Unternehmens-
Verantwortungs-Initiative